



„Die Schweiz ist halt so“

Außenminister Ignazio Cassis (FDP) über das Aus für das Rahmenabkommen mit der EU – und warum er sich bisweilen wie Harry Potter fühlt



Ignazio Cassis Foto Reuters

Herr Minister, nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung profitiert die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied stärker als alle anderen Länder von der Teilhabe am europäischen Binnenmarkt. Mit dem Abschluss des auf dem Tisch liegenden Rahmenabkommens mit der EU hätten Sie diese Beziehung festigen und vertiefen können. Trotzdem haben Sie die Verhandlungen über diesen Vertrag nun beendet und damit Brüssel vor den Kopf gestoßen. Warum?

Ich war immer und bin weiterhin für gute Beziehungen zur EU. Ich stehe zu dem Weg, den die Schweiz mit dem Abschluss der bilateralen Verträge vor gut zwei Jahrzehnten eingeschlagen hat. Jetzt stellte sich die Frage, ob der zusätzliche Schritt einer institutionellen Anbindung an die EU machbar ist oder nicht. Ich habe wirklich alles versucht, ihn machbar zu machen. Mit dem Rahmenvertrag hätten wir unseren Marktzugang zur EU stabilisiert. Aber das Abkommen enthält Elemente im Bereich Personenfreizügigkeit und Lohnschutz, die für eine Mehrheit der politischen Kräfte nicht akzeptabel sind.

Aber was ist mit der Bevölkerung? Gemäß Umfragen sind 64 Prozent der Schweizer für den oder eher für den Abschluss des Rahmenabkommens. Warum lassen Sie ausgerechnet in dieser wichtigen Frage nicht Ihre Bürger entscheiden?

Das Volk hat mehrmals den heutigen bila-

teralen Weg bestätigt. Aber dieser bezieht sich in der sehr sensiblen Frage der Personenfreizügigkeit ausschließlich auf EU-Arbeitnehmer und deren Familienangehörige und nicht auf die freie Zuwanderung aller EU-Bürger, wie sie in der Unionsbürgerrichtlinie festgehalten ist, die erst einige Jahre nach dem Abschluss der bilateralen Verträge verabschiedet wurde. Die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied ist nicht bereit, diese Richtlinie zu übernehmen. Das ist die Krux.

Aber die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) kommt im Rahmenvertrag doch gar nicht vor.

Genau. Weil wir uns in dieser Frage nicht mit Brüssel einigen konnten, blieb sie draußen. Aber der Vertrag enthält einen Mechanismus zur Streitbeilegung. Die UBRL hätte also später auf Drängen der EU über die Hintertür des Schiedsgerichts noch auf den Tisch kommen können.

Aber in so einem Fall hätte die Schweiz die Übernahme der UBRL verweigern können. Die dann wohl fälligen Sanktionen Brüssels hätten gemäß Vertragstext „verhältnismäßig“ sein müssen.

Das Problem ist: Niemand konnte uns sagen, wie etwaige Ausgleichsmaßnahmen aussehen würden. Diese Unsicherheit war für die Schweiz nicht verdaubar.

Und wegen dieser Unsicherheit versenkt die Regierung nun gegen den Willen von großen Teilen der Wirtschaft einen für die Zukunft der Schweiz extrem wichtigen Vertrag. Warum haben Sie keine Lösung gefunden?

Ich habe mich anfangs klar im Dienste der Wirtschaft für den Rahmenvertrag eingesetzt. Aber im Laufe der Zeit kamen auch kritische Stimmen aus der Wirtschaft. So haben sich zum Beispiel der Schweizerische Gewerbeverband und weitere Unternehmergruppierungen gegen den Vertragsentwurf gestellt. Hinzu kam die harte Ablehnung der Gewerkschaften. Für uns war es schwierig, mit Brüssel zu verhandeln, weil hier in der



Schweiz zuvor einige rote Linien definiert wurden.

Zeigt sich im Scheitern nicht die Systemschwäche Ihrer Allparteienregierung, in der Links und Rechts eine Allianz gebildet und damit eine konstruktive Lösung verhindert haben?

Ob Parteien, Verbände oder Wirtschaft – die Positionen waren kontinuierlich volatil. Manchmal habe ich mich gefühlt wie Harry Potter, der in seinem Zauber Schloss Treppen hinauflaufen will, die sich ständig bewegen. Gleichzeitig haben alle unmissverständlich klargemacht, wie sehr ihnen die Beziehungen zur EU am Herzen liegen. 1,4 Millionen EU-Bürger leben in der Schweiz; täglich pendeln 340 000 Grenzgänger in unser Land. Und dann ist da noch dieses allgemeine Bewusstsein: Eigentlich läuft in der Schweiz doch alles gut. Wozu also sollte man mit diesem Vertrag eine innenpolitische Zerreißprobe riskieren?

Sie haben gesagt, dass der Abbruch der Verhandlungen nachteilig für die Schweiz sein wird.

Ein Ja wie ein Nein haben ihren Preis. Es ist uns bewusst, dass ein Abbruch mit Nachteilen verbunden ist. Wie groß diese sein werden, hängt auch von den politischen Entscheidungen der EU ab.

Was sagen Sie Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht ist, weil Schweizer Unternehmen wegen des sich absehbar verschlechternden Marktzugangs zur EU Investitionen ins Ausland verlagern?

An diesem Punkt sind wir nicht. Wir müssen aufpassen, dass wir die Lage nicht zu schwarz malen. Selbstverständlich werden wir gewisse Nachteile haben. Aber die Beziehungen zu unseren Nachbarregionen sind unglaublich solide. Die Mehrheit unserer Bevölkerung spricht Ihre Sprache, mehr oder weniger (lacht). Wir sind auch Teil des französischen und italienischen Sprachraums. Wir können uns nicht vorstellen, dass es zu einem Bruch in diesen Beziehungen kommt. Das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg ist allein so groß wie jenes zwischen der Schweiz und China. Wenn sich der Pulverdampf gelegt hat, werden wir den Kopf

heben und uns fragen, wie wir auf dem bilateralen Weg weiter vorankommen können.

Schweizer Bundespräsidenten sah man in den vergangenen Jahren unter anderem in China und Saudi-Arabien, aber fast nie in Brüssel.

Das Problem ist, dass wir keinen politisch strukturierten und regelmäßigen Dialog mit der Europäischen Kommission haben. Alt-Kommissionspräsident Juncker hatte das Schweiz-Dossier einst zu sich genommen. Folglich hatte er es hierarchisch stets mit dem Schweizer Bundespräsidenten zu tun. Nur: Bei uns wechselt das Amt des Bundespräsidenten jedes Jahr von einem Regierungsmitglied zum nächsten. Es fehlte somit an Kontinuität. Frau von der Leyen hat das so übernommen. Da müssen wir über die Bücher.

Fürchten Sie, dass Schweizer Hochschulen den Zugang zum wichtigen EU-Forschungsprogramm Horizon verlieren?

Nein, wir erwarten, dass die Schweiz diesbezüglich genau wie andere Drittländer behandelt wird. Wenn man Singapur oder Israel einen besseren Anschluss zu den europäischen Forschungsprogrammen bieten würde als der Schweiz, dann verstünden wir die Welt nicht mehr. Solche Versuche, die Schweiz unter Druck zu setzen, erachten wir als kontraproduktiv und sachfremd. Vergessen Sie nicht: Unsere Forscher gehören zu den besten der Welt.

Das Stromabkommen mit der EU verschwindet jetzt wohl in einer Brüsseler Schublade. Könnte dies zu Versorgungsengpässen in der Schweiz führen?

Viel Strom für Italien fließt durch die Schweiz. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie sinnvoll eine Zusammenarbeit in der Stromversorgung ist. Es wäre unsinnig, uns auf diesem Feld zu piesacken, statt zu kooperieren.

Steht sich die Schweiz mit ihren langen Abstimmungsprozessen und komplizierten Institutionen nicht selbst im Weg?

Die Schweiz ist halt so. Die EU entscheidet in einer Woche. Für das gleiche Thema brauchen Deutschland und Österreich vielleicht einen Monat. In der Schweiz brauchen wir ein Jahr.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frankfurter Allgemeine Zeitung
60267 Frankfurt am Main
0049/ 69 - 7591 - 0
www.faz.net

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 238'438
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 6
Fläche: 62'080 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 80801298
Ausschnitt Seite: 3/3

Schadet diese Trägheit dem Image der Schweiz im Ausland?

Wer von Imageverlust spricht, zeigt keinen Respekt davor, dass dieses Land einfach anders funktioniert. Wir sind nicht immer zufrieden mit unserer Langsamkeit. Es gibt viele Felder, auf den wir gerne schneller unterwegs wären. Aber die Schweiz hat sich langsam über 700 Jahre entwickelt. Das hat uns stabil und zuverlässig gemacht und uns viel Achtung im Ausland eingetragen.

Sie sind im wichtigsten außenpolitischen Feld der vergangenen 20 Jahren gescheitert und werden als „Draußenminister“ verspottet. Treten Sie zurück?

Nein. Für die Außenpolitik ist gemäß unserer Verfassung der gesamte Bundesrat verantwortlich. Ich habe gar nicht die Macht, eigenständig zu entscheiden.

Mit dem Schweizer Außenminister
Ignazio Cassis sprach **Johannes Ritter**.